



NEC-Richtlinie beschleunigt den Strukturwandel in der Landwirtschaft

NEC-Richtlinie beschleunigt den Strukturwandel in der Landwirtschaft
DBV zum Abstimmungsergebnis im Europäischen Parlament
"Mit unrealistischen Zielen wird keine vernünftige europäische Umweltpolitik gemacht." So bewertet der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Joachim Rukwied, die Ergebnisse der Abstimmung im Plenum des Europäischen Parlaments zum Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie über die Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe (sogenannte NEC-Richtlinie). "Das Europaparlament möchte Methan von Wiederkäuern in der EU-Klimapolitik belassen und gibt damit der Europäischen Kommission ein klares Zeichen", begrüßte DBV-Präsident Rukwied die Streichung von Methan von Wiederkäuern aus dem Zielkatalog der Richtlinie. Hiermit habe sich das Plenum des Europäischen Parlaments für bessere Rechtssetzung und gegen unnötige Doppelregelungen zur EU-Klimapolitik ausgesprochen. Mehr als problematisch seien aber unverändert die weltfremden, nicht nachvollziehbaren und nicht umsetzbaren Minderungsziele für Ammoniak-Emissionen. "Da hilft es auch nicht, wenn die überzogenen Forderungen des Umweltausschusses eine marginale Abmilderung erfahren haben", so Rukwied. Das nun beschlossene Reduktionsziel von 39 Prozent können die deutschen Landwirte nicht durch technische Maßnahmen erreichen. Betriebe müssen ihre Tierbestände abstocken und auf die Weiterentwicklung tiergerechter Haltungsverfahren verzichten. "Gerade die kleineren und mittleren Betriebe würden in den Ausstieg gedrängt, weil sie die mit den geplanten Reduktionszielen verbundenen Verschärfungen bei Lagerung und Ausbringung von Wirtschaftsdüngern und bei der Abluftreinigung nicht mehr erfüllen können", mahnte der DBV-Präsident. Bevor die Trilogverhandlungen eingeleitet werden, muss sich zunächst der EU-Umweltministerrat auf eine gemeinsame Position einigen. Jetzt liege der Ball bei den europäischen Umweltministern, die sich nun unbedingt auf sinnvolle umsetzbare Minderungsziele einigen müssen. Kritik gilt vor allem der fachlich nicht nachvollziehbaren und willkürlichen Streuung der im Kommissionsvorschlag vorgesehenen Reduktionsziele für Ammoniak-Emissionen für die einzelnen EU-Mitgliedstaaten, die zwischen 1 Prozent für Lettland und 7 Prozent für Irland bis hin zu dem höchsten Reduktionsziel von 39 Prozent für Deutschland liegen. "Wir brauchen keine wettbewerbsverzerrende Black Box-Methode, sondern eine faire Lastenteilung innerhalb Europas", bekräftigte Rukwied.
Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)
Claire-Waldorff-Straße 7
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/31904-407
Telefax: 030/31904-431
Mail: presse@bauernverband.net
URL: <http://www.bauernverband.de>

Pressekontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

bauernverband.de
presse@bauernverband.net

Firmenkontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

bauernverband.de
presse@bauernverband.net

Der Deutsche Bauernverband ist der landwirtschaftliche Spitzenverband in Deutschland. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Über die 18 Landesbauernverbände und ihre Kreisverbände ist der Deutsche Bauernverband im gesamten Bundesgebiet für alle Mitglieder vor Ort mit Beratungs- und Geschäftstellen präsent. Der Organisationsgrad der Bauern in ihrer Interessenvertretung ist sehr hoch: über 90 Prozent aller rund 400.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind auf freiwilliger Basis Mitglied im Deutschen Bauernverband. Deshalb kann der Deutsche Bauernverband für sich in Anspruch nehmen, die Stimme aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu sein, gleich welcher Produktionsrichtung und Rechtsform. Der Deutsche Bauernverband versteht sich als Unternehmerverband, der die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber der Politik vertritt und sie bei der Führung ihrer Unternehmen unterstützt. Über seine Büros in Bonn, Berlin und Brüssel ist er Ansprechpartner für politische Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.